Übersicht

I. Einleitung	9
2. Die Internationalität der Problematik	10
 II. Die Einwirkung der Grundrechte auf die Gesetze des Privatrechts. 1. Die Geltung von Art. 1 Abs. 3 GG und Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG für die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Privatrechts 	11 11
a) Wortlaut und Entstehungsgeschichte von Art. 1 Abs. 3 GG	11
b) Eingriffe in Grundrechte durch Normen des Privatrechts	12
c) Das Zusatzargument aus Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG	14
 d) Der Gedanke der Normenhierarchie	15
Eingriffsverbote und Schutzgebote	16
Grundrechte für die Gesetze des Privatrechts b) Ablehnung einer Beschränkung der Grundrechtsgeltung auf bestimmte Funktionen und die Proble-	16
matik grundrechtsprägender Privatrechtsnormen	19
c) Zwischenergebnis	21
3. Modifikationen der Wirkungen der Grundrechte	22
III. Die Einwirkung der Grundrechte auf die Anwendung und Fortbildung des Privatrechts	23
Nr. 4a GG für die Rechtsprechung auf dem Gebiete	22
des Privatrechts	23 24
b) Das Argument aus Art. 93 Abs. 1 Nr. 4a GG c) Die als Norm gedachte ratio decidendi als Gegen-	25
stand der Grundrechtsbindung und -kontrolle 2. Versuch einer "kritischen Rekonstruktion" des Lüth-	26
Urteilsa) Die Notwendigkeit einer strikten Trennung zwi-	27

	b) Die Ersetzung der "Ausstrahlungswirkung" durch den Rückgriff auf die Eingriffsverbots- und die Schutzgebotsfun ktion der Grundrechte	30 32
IV.	Die Einwirkung der Grundrechte auf das Verhalten der Privatrechtssubjekte	33
	wirkung"	34
	rechte	3.
	Privatrechtssubjekten	37
	ti on der Grundrechte	3
	c) Die schwächere Wirkung von Schutzgebotsfunktion und Untermaßverbot	4.
	tio nen und Asymmetrie des Grundrechtsschutzes e) Die Geltung der Schutzgebotsfunktion auch gegen- über der Selbstbindung durch Verträge	4: 4:
V.	Einige praktische Konsequenzen	5
	Reduktionsklausel	5
	Entscheidung des BGH	5.

3. Schutzgebotsfunktion und Untermaßverbot am Beispiel	
von Art. 5 Abs. 1 GG	55
a) Das Fehlen eines Schutzgebots: die Wahlplakat-	
Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	55
b) Das Bestehen eines Schutzgebots: die Blinkfüer-	
Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	56
c) Schutzgebotsfunktion und einzelfallbezogene	
Abwägung in zweistufiger Argumentation: die Para-	
bolantennen-Entscheidun g des Bundesverfassungs-	
gerichts	60
4. Kollidierende Grundrechte und die Weite des Spielraums	00
bei der Konkretisierung von Schutzgeboten am Beispiel	
des Grundrechts auf Kenntnis der eigenen Abstammung	62
	02
a) Zum Verhältnis von Verfassung und einfachem Recht:	
der Anspruch eines nichtehelichen Kindes gegen seine	
Mutter auf Auskunft über die Person seines biologi-	
schen Vaters	62
b) Zum Verhältnis von Rechtsprechung und Gesetz-	
gebung: die Problematik eines Anspruchs des Kindes	
auf Auskunft über die Person seines biologischen	
Vaters bei heterologer Insemination	65
VI. Ansätze zu einer dogmatischen Präzisierung der Schutz-	
gebotsfunktion und des Untermaßverbots im Privatrecht	71
1. Die Unterscheidung zwischen dem "Ob" und dem	
"Wie" des Schutzes	71
2. Voraussetzungen für die Annahme eines Schutzgebots	72
a) Die tatbestandliche Einschlägigkeit eines Grund-	
rechts	72
b) Das Schutzbedürfnis und seine Indikatoren: Rechts-	
widrigkeit, Gefährdung, Angewiesenheit	74
c) Das "bewegliche Zusammenspiel" der Kriterien	78
3. Schutzgebotsfunktion und einfaches Recht	80
a) Die Verwirklichung der Schutzgebotsfunktion mit	•••
Hilfe des einfachen Rechts	81
b) Der Spielraum des einfachen Gesetzgebers zwischen	01
Über- und Untermaßverbot und die eigenständige	
Bedeu tung des Untermaßverbots bei der Verwirkli-	
chung einer Schutzpflicht	83
c) Die Bedeutung der Gesetzesvorbehalte im Rahmen	63
der Schutzgebotsfunktion	88
der schutzgebotsfunktion	00
VII. Zusammenfassung	91